



Zivile Krisenprävention Umwelt und Ressourcen

Newsletter

ISSN 1614-5518

Ausgabe Oktober 2008

FORUM

- Klimawandel und menschliche Sicherheit

POLITIK & FORSCHUNG

- Manche Bücher müssen dick sein: Eine Neukonzeption von Sicherheit
- Ölbohrungen – Energiesicherheit oder nur ein Schnellschuss?
- Rückkehr zum Planet der Affen?
- Öl für Entwicklung? – Das Ende eines Weltbank Traums

KONFERENZBERICHTE

- Nahrungsmittel- und Energiekrise in Lateinamerika
- Transnationalen Unternehmen und Menschenrechte
- Der Plan B des Lester Brown – Wird sich unsere Zivilisation retten können?

VERANSTALTUNGSHINWEISE

- "Sicherheitsbedrohung Klimawandel" in Freiburg (6.-7. November)
- "A Global Contract Based on Climate Justice" in Brüssel (11. November)
- "International Fatal Transactions Conference 2008" in Bonn (21.-22. November)

IN KÜRZE

- Welthungerindex 2008, geteilte Grundwasservorkommen, Asiens Küsten bedroht, Rohstoffgewinne für lokale Entwicklung und noch einmal Klimaflüchtlinge

IMPRESSUM/KONTAKT

Impressum

Kontakt

FORUM

Klimawandel und menschliche Sicherheit

von Andrew Morton (United Nations Environment Programme), Philippe Boncour (International Organization for Migration) und Frank Laczko (International Organization for Migration)

Umweltmigration ist ein Querschnittsthema mit bedeutenden humanitären und entwicklungspolitischen Implikationen, die proaktives Handeln erforderlich machen. Umweltveränderungen sind oftmals die grundlegende Ursache von Migrationsbewegungen und müssen daher auch in nachhaltigen Lösungsansätzen berücksichtigt werden. Schon jetzt ist in der humanitären Hilfe der steigende Problemdruck spürbar und droht vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu übersteigen. Zusätzliche Anstrengungen werden daher vonnöten sein, um diese neue Herausforderung zu bewältigen.

Schlüsselfaktoren

Armut, der Verlust von Ökosystemen, wachsende Anfälligkeit für Naturkatastrophen und klimabedingte Umweltveränderungen werden mit Umweltmigration in Verbindung gebracht. Verschwindende Ökosystemen und/oder die exzessive Nachfrage nach natürlichen Ressourcen können zu chronischer Armut und Hunger, zu einer Häufung ansteckender Krankheiten, Konflikten und Anpassungsprozessen führen - oder auch zu Bewältigungsstrategien, die zeitweise oder dauerhafte Migration beinhalten. Naturkatastrophen wie etwa Hurrikane und Hochwasser können ganze Länder oder Regionen verwüsten. Dabei sind es zumeist die aufgrund der sozio-ökonomischen Verhältnisse ohnehin schwächsten Bevölkerungsteile, die überproportional betroffen sind. Hinzu kommt, dass Rückkehr, Wiederaufbau und Reintegration nicht immer möglich sind, wenn Naturkatastrophen die Lebensgrundlagen nachhaltig zerstört haben. Der Klimawandel wird Migration in dreierlei Hinsicht spürbar beeinflussen: Erstens werden globale Erwärmung und zunehmende Dürreperioden in manchen Regionen menschliche Lebensgrundlagen zerstören, indem sie natürliche Voraussetzungen, wie etwa die Verfügbarkeit fruchtbarer Böden und sauberen Wassers, verschlechtern. Zweitens wird die Zunahme an extremen Wetterereignissen, wie z.B. schwere Niederschläge und Fluten, immer mehr Menschen zu Umsiedlung im großen Stil zwingen. Drittens bedroht der Anstieg des Meeresspiegels hochproduktive, tief liegende Küstenregionen, die derzeit von Millionen Menschen bewohnt werden.

Trends und Muster

Wissenschaftler und internationale Organisationen schätzen die gegenwärtige Zahl an Umweltmigranten auf mehrere Millionen und erwarten, dass diese Zahl in den nächsten 20 Jahren auf mehrere zehn Millionen und - in den nächsten 50 Jahren - gar auf mehrere hundert Millionen ansteigen wird. Diese Zahlen sind zumeist das Ergebnis von wissenschaftlichen Vermutungen, die auf Hochrechnungen von einzelnen Fallstudien und ein paar wenigen hochspekulativen akademischen Publikationen beruhen. Glaubwürdige und faktenbasierte Prognosen wären nötig, um Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, Folgen zu analysieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Forschung muss sich dieser Themen noch zielgerichteter annehmen, um stichhaltige Modelle potenzieller Migrationsbewegungen zu entwickeln und diese mit Klimamodellen und -vorhersagen zu verbinden.

Derzeit stammt die große Mehrheit der Umweltmigranten aus den ländlichen Gegenden der am wenigsten entwickelten Länder. Dieser Trend dürfte sich in den kommenden Jahren leicht auf dicht besiedelte Küstenregionen verschieben, die zunehmend vom Anstieg des Meeresspiegels und häufiger auftretenden Stürmen betroffen sind. Auch Bergregionen sind zunehmend vom Klimawandel betroffen. Heftige Regenfälle, davon hervorgerufene Fluten und Erdbeben werden auch in diesen Gebieten neue Migrationsbewegungen entstehen lassen.

Die meisten Umweltmigranten lassen sich in städtischen Zentren innerhalb ihrer Heimatländer nieder. Nur ein geringer Anteil von ihnen migriert in Nachbarländer (Süd-Süd-Migration). Ein noch kleinerer Teil zieht über große Distanzen in entwickelte Länder und trägt so auch zum Phänomen des Braindrain bei. Die Bürde haben also überwiegend die am wenigsten entwickelten Länder zu schultern, auch wenn es die internationale Süd-Nord-Migration ist, der in den westlichen Medien die größte Aufmerksamkeit zukommt.

Folgen

Nicht alle Folgen von Umweltmigration sind negativ. Das Verlassen angegriffener Ökosysteme und landwirtschaftlich unhaltbarer Regionen kann als legitime Bewältigungsstrategie für betroffene Bevölkerungen angesehen werden. Außerdem könnte Migration möglicherweise dabei helfen, den Prozess der Umweltzerstörung zu verlangsamen. Denen, die bleiben, würden sich dadurch Chancen bieten, ihre Ernährungsstrategien anzupassen, indem sie ihre landwirtschaftlichen Techniken umstellen oder gar ganz auf landwirtschaftliche Produktion verzichten.

Die wesentlichen Auswirkungen von Massenmigration sind jedoch überwiegend negativ: eskalierende humanitäre Krisen, rapide wachsende urbane Räume, sowie die damit verbundene Entstehung von Slums stellen ein zentrales Entwicklungshemmnis dar. Darüber hinaus legt die bisherige Forschung nahe, dass allein das Verlassen von unter Druck geratenen Ökosystemen die zugrundeliegenden Ursachen nicht lösen kann. Zumeist bleibt die Abwanderung nämlich auf ein Mindestmaß begrenzt und so setzen die betroffenen Regionen in den meisten Fällen ihren unaufhaltsamen Niedergang fort.

Die Hauptprioritäten

Vor diesem Hintergrund ist proaktives Handeln gefordert. Die internationale Gemeinschaft hat bislang allerdings im Wesentlichen reaktive Maßnahmen ergriffen, indem sie in die häufigen humanitären Krisen eingegriffen und Entwicklungsländer (meist erfolglos) dabei unterstützt hat, dem explodierendem Wachstum von Städten und Slums entgegenzuwirken. Aufgrund dieses falschen Ansatzes werden viele Entwicklungsländer jedoch auch in Zukunft mit einer fatalen Mischung aus ökologischer Zerstörung, unsicherer Nahrungsmittelversorgung, unkontrollierbaren und bettelarmen Megacities und Migration im großen Stil umzugehen haben.

Ogleich die wichtigsten Hotspots erst noch identifiziert werden müssen, liefern Prognosen und Berichte aus bereits betroffenen Regionen einige Hinweise. Unter den besonders anfälligen Gebieten sind kleine, wenig entwickelte Inselstaaten, die Sahelzone, der Golf von Bengalen und die trockenen Regionen Süd- und Mittelamerikas sowie Zentralasiens.

Sowohl humanitäre als auch Entwicklungshilfe sind in diesen Fällen gefordert. Doch müssen vor allem die leidtragenden Staaten selbst eingebunden werden. Um zumindest

vorläufig einen effizienteren und international koordinierten Umgang mit den Herausforderungen von Umweltmigration zu entwickeln, sollten die folgenden Punkte beachtet werden:

- Förderung eines besseren Verständnisses und größerer Anerkennung des Themas
- Linderung der Hauptursachen, insbesondere durch migrationssensible Umweltmanagement- und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel
- Besseres Management existierender Umweltmigration, insbesondere mit dem Ziel der Verstärkung ihrer positiven Effekte auf die Herkunftsgebiete
- Mainstreaming des Themas in bereits vorhandenen humanitären Maßnahmen, Richtlinien und Vorhersagen
- Stärkung von proaktivem Handeln und Planen, als Voraussetzungen eines ganzheitlichen Ansatzes

Der Umgang mit Umweltmigration wird zweifellos viele Milliarden Dollar kosten, obgleich angesichts der unsicheren Schätzungen eine auch nur annähernd exakte Angabe der Kosten unmöglich ist. Es ist jedoch klar, dass der Problematik nicht allein mit kleineren Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit begegnet werden kann.

Künftige Herausforderungen angehen

Angesichts der komplexen Beziehung zwischen Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration besteht große Notwendigkeit die Zusammenarbeit und Koordination auf regionaler, internationaler und globaler Ebene zu verbessern. Daher wurde im April 2008 in München die Climate Change, Environment and Migration Alliance (CCEMA) gegründet. Beteiligt sind die Universität der Vereinten Nationen (UNU), die Internationale Organisation für Migration (IOM), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Münchener Rück Stiftung (MRS). Die CCMA ist eine globale Partnerschaft, die die relevanten internationalen Organisationen, Interessenverbände, den privaten Sektor, die wissenschaftliche und die Expertengemeinde sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft an einen Tisch bringt. Ihre Hauptaufgabe ist es, Umwelt- und Klimagesichtspunkte im Migrationsmanagement, sowie Migrationsfragen im globalen Umwelt- und Klimadiskurs zu etablieren. Die Allianz wird politische Entscheidungsträger und Praktiker aus zahlreichen Feldern zusammenführen, um zu einem besseren Verständnis der Herausforderungen und Chancen von Umweltmigration beizutragen. Sie stellt eine grundlegende Plattform für interdisziplinäre regionale, internationale und globale Zusammenarbeit und Koordination mit folgenden Zielen dar:

- Förderung eines Bewusstseins in Politik und Öffentlichkeit für die Notwendigkeit konzertierter Aktionen, um den Herausforderungen von Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration zu begegnen und Chancen zu ergreifen
- Erweiterung unseres Wissens über die komplexen Beziehungen zwischen Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration - vor allem hinsichtlich Ursache und Wirkung sowie kurzfristigen und langfristigen Mustern - durch Sammeln und Veröffentlichen aktueller Informationen wie auch durch Entwicklung innovativer Forschungsansätze
- Bereitstellung eines neutralen und offenen Forums für den Dialog, um wichtige Querschnittsthemen zu identifizieren und zu diskutieren. Die Allianz-Plattform wird kooperative Mechanismen zwischen Regierungen und anderen Akteuren stärken
- Bereitstellung praktischer Unterstützung für die gefährdetsten Länder und Bevölkerungsgruppen durch Aufbau von Kapazitäten, um den Herausforderungen von Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration effektiv zu begegnen

Andrew Morton ist Leiter der Abteilung "Disaster Risk Reduction" bei UNEP. Philippe Boncour ist Leiter der Abteilung "International Dialogue on Migration" und Frank Laczko ist Leiter der Abteilung "Research and Publications", beide bei der IOM.

Der vollständige Artikel wurde in der Zeitschrift *Forced Migration Review*, Ausgabe 31, im Oktober 2008, veröffentlicht. Die Sonderausgabe der FMR behandelt zahlreiche Aspekte der Debatte um Klimawandel und Migration und steht in englischer Sprache zum Download zur Verfügung: <http://www.fmreview.org/FMRpdfs/FMR31/05-07.pdf>.

Weiterführende Informationen finden Sie zudem unter www.fmreview.org

▲Top

POLITIK & FORSCHUNG

Manche Bücher müssen dick sein: Eine Neukonzeption von Sicherheit

Über den Begriff "Sicherheit" ist schon viel geschrieben worden – selten jedoch wurde die Debatte so umfassend abgebildet wie in "Globalization and Environmental Challenges. Reconceptualising Security in the 21st Century", das ein internationales Team um Hans Günter Brauch kürzlich herausgegeben hat.

Das Buch vereinigt ein weites Spektrum an Perspektiven zu verschiedenen Dimensionen von Sicherheit. Das Leitthema des Buches ist hierbei die Betrachtung von Sicherheit als Ergebnis der Wechselbeziehung zwischen Umwelt, Entwicklung und Frieden. Ziel ist es, eine Rekonzeptionalisierung des Begriffs Sicherheit darzulegen, die den Herausforderungen von Globalisierung und Umweltveränderungen angemessen ist. Das Buch richtet sich dabei an ein informiertes Publikum, setzt jedoch kein vertieftes Spezialwissen der Thematik voraus.

Trotz seiner 75 Kapitel auf über 900 Seiten gelingt es den Herausgebern zu verhindern, dass sich die einzelnen Beiträge zu stark überlappen. In der Betrachtung von Institutionen und Organisationen überwiegt jedoch eine euro-atlantische Perspektive mit Schwerpunkt auf EU, NATO und OSZE. Andere bedeutende Organisationen wie ASEAN, der AU oder auch die Rolle internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank bleiben hingegen unberücksichtigt.

Alles in allem bleibt der Band von erfrischender Abwechslung: Einerseits wird Sicherheit aus verschiedenen philosophischen, religiösen und ethischen Perspektiven konzeptionalisiert. Andererseits werden konkrete Herausforderungen für eine Vielzahl von Weltregionen betrachtet. In vielen Fällen stammen die Autoren auch aus den entsprechenden Regionen, wodurch eine hohe Authentizität der Kapitel gegeben ist.

Während der Band für Spezialisten keine grundlegend neuen Erkenntnisse bereithält, bietet die Vielzahl an Perspektiven einen hohen Mehrwert. Er eignet sich damit als umfassendes Nachschlagewerk mit dem gebührenden Respekt für die Komplexität der behandelten Themen. (Achim Maas)

Hans Günter Brauch et al. (Hg.) 2008: *Globalization and Environmental Challenges. Reconceptualising Security for the 21st Century*. Berlin und Heidelberg: Springer.

Die Titel der Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace sind unter <http://www.springer.com/series/8090> aufgeführt.

▲Top

Ölbohrungen – Energiesicherheit oder nur ein Schnellschuss?

Ein zentrales Thema des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes ist die Abhängigkeit des Landes von fossilen Energieträgern. Steigende Ölpreise, eine lahmende Wirtschaft und sicherheitspolitische Erwägungen haben beide Kandidaten veranlasst, neue Ölbohrungen in den USA zu fordern. McCain argumentiert, dass die Abhängigkeit von ausländischem Öl die nationale Sicherheit und die Wirtschaft der USA bedrohe, weil sie indirekt terroristische Operationen ermögliche. Die Abhängigkeit der USA biete repressiven Regimen zudem einen geringen Anreiz für eine demokratische Entwicklung. Auch Obama zieht aus diesen Gründen „begrenzte Offshore-Bohrungen“ in Betracht.

Kritische Stimmen wie die demokratischen Senatorinnen Barbara Boxer und Dianne Feinstein betonen dagegen, dass Offshore-Bohrungen nur eine kurzfristige Lösung darstellen können und zudem nicht ohne Risiko sind. Der Bericht "National Security Implications of Global Climate Change to 2030" des US National Intelligence Council stellte im Juni fest, dass die Nuklearanlagen und die Ö raffinerien der USA in zunehmendem Maß durch schwere Stürme bedroht sind. Demnach stellen auch Offshore-Bohranlagen selbst eine Gefahr für Mensch und Natur dar: Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen gelangten Jahr für Jahr Tausende Barrel Öl, Treibstoff und Chemikalien ins Meer. Die jüngsten Hurrikane im Golf von Mexiko haben dem Bericht zufolge sieben von den dreizehn größeren Verschmutzungen durch Öl verursacht.

Derzeit mag die Finanzkrise die öffentliche Wahrnehmung dominieren: Wenn der Wahltag vorüber ist müssen McCain oder Obama detaillierte Pläne ausarbeiten, die sowohl die Abhängigkeit des Landes vom Öl reduzieren als auch das Risiko für Mensch und Umwelt minimieren und gleichzeitig die Wirtschaft stärken. Offshore-Bohrungen werden vielleicht Teil dieser Strategie sein, doch lösen können sie die grundlegenden Probleme nicht. (Jeannette Allan)

Weitere Informationen zu den Positionen der Kandidaten mit zu Versorgungssicherheit, Ölbohrungen und umweltpolitische Ansätzen können [hier](#) eingesehen werden.

Die Stellungnahme von Dr. Thomas Fingar zum National Intelligence Assessment on the National Security Implications of Global Climate Change to 2030 ist [hier](#) verfügbar

▲Top

Rückkehr zum Planet der Affen?

Die Regierungen von Kamerun und Nigeria haben sich verbündet, um die verbliebenen dreihundert Gorillas im grenzüberschreitenden Cross River Nationalpark zu schützen. Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu verbessern, trafen sich Regierungsvertreter im September in Akamkpa in Nigeria im Hauptsitz des Parks. Das Treffen wurde von der Wildlife Conservation Society, des U.S. Fish and Wildlife Service und dem Worldwide Fund for Nature (WWF) unterstützt. Die Partner wollen unter anderem den Handel mit dem Wildfleisch der Affen unterbinden, illegalen Holzeinschlag vermindern sowie die Feldüberwachung und die Gesetzeserfüllung in den Parks verbessern. Nicht zuletzt soll auch die Beteiligung der lokalen Bevölkerung ausgeweitet werden.

Solche grenzüberschreitenden Schutzbemühungen können nicht nur Auswirkungen für das Überleben gefährdeter Arten haben, sondern auch den gesamten Lebensraum und den politischen Kontext beeinflussen. Wie die vor kurzem vom International Institute for Sustainable Development (IISD) veröffentlichte Studie "Gorillas in the Midst" aufzeigt, können Schutzmaßnahmen auch soziale und politische Spannungen erzeugen oder verstärken. Das Beispiel der Virunga-Bwindi Region zwischen der Demokratischen Republik Kongo (DRC), Ruanda und Uganda verdeutlicht, dass infolge von Schutzaktivitäten zumindest auf lokaler Ebene Konflikte auftreten können – z.B. wenn der Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen beschränkt wird, neue Kosten durch die Schutzmaßnahmen entstehen oder der resultierende Nutzen unausgewogen verteilt wird.

Das Internationale Gorillaschutzprogramm IGCP zeigt hingegen, dass Schutzbemühungen auch zur Friedensbildung beitragen können, indem beispielsweise der Dialog unter den verschiedenen Autoritäten verbessert wird. Das Vorgehen im Bwindi Impenetrable Nationalpark (BINP) im südwestlichen Uganda unterstreicht das Potenzial in dieser Hinsicht. Andauernde und sorgfältig angelegte Konsultationsprozesse mit der lokalen Bevölkerung ist einer der Erfolgsfaktoren, um die notwendige Teilhabe an dem übergeordneten Schutzprozess zu gewährleisten. Dies kann letztendlich zu beiden Zielen beitragen: Schutz und friedliche Entwicklung. (*Dennis Taenzler*)

Weitere Informationen zu den Schutzaktivitäten im Cross River Nationalpark finden Sie unter <http://wwf-arten.wwf.de/detail.php?id=77>

Die Studie von IISD finden Sie unter <http://www.iisd.org/publications/pub.aspx?id=993>

▲Top

Öl für Entwicklung? – Das Ende eines Weltbank Traums

Das Projekt hat "enormes Potenzial, um das Leben der Menschen im Tschad und in Kamerun zu verbessern". Diese Worte stammen von James D. Wolfensohn, dem früheren Weltbankpräsidenten, der damit im Jahr 2002 auf die zunehmende Kritik am Pipeline-Abkommen der Weltbank mit dem Tschad reagierte. Zahlreiche Menschenrechtsgruppen, ein Teil des tschadischen Parlaments und sogar eine interne Untersuchungskommission der Bank hatten kritisiert, dass die finanzielle Unterstützung des Ölsektors im Tschad die Korruption befördern, die Menschenrechtssituation verschlechtern und den Konflikt zwischen Tschad und Sudan verschärfen könnte.

Der Beitrag der Weltbank zu dem Pipeline-Projekt war eine ihrer größten Investitionen in Afrika und sollte ein Testfall für den Einsatz von Öleinnahmen für Entwicklungszwecke sein. Doch die tschadische Regierung hielt sich nicht an ihren Teil der Vereinbarung und Präsident Deby unternahm sogar Versuche, die Einnahmen unter seine persönliche Kontrolle zu bringen. Die Weltbank unterbrach daraufhin die Zusammenarbeit, setzte das Projekt aber im Jahr 2006 fort. Zuversichtlich stellte sie damals fest, dass der größte Nutzen für die Bevölkerung erst noch zu realisieren sei.

Letztendlich sollten jedoch die Kritiker Recht behalten: Im September 2008 zog die Weltbank die Notbremse und beendete ihr Engagement im Ölsektor im Tschad. Zu diesem Zeitpunkt hatte Präsident Deby die weitgehende Kontrolle über die jährlichen Einkünfte von über einer Milliarde Dollar erlangt. Beobachter halten es zudem für erwiesen, dass ein beträchtlicher Teil der Einnahmen für militärische Zwecke ausgegeben

wurde. In einer ohnehin instabilen innenpolitischen Situation und angesichts zunehmender Spannungen zwischen dem Tschad und seinem Nachbarn Sudan können diese potenziellen Konflikttressourcen schwerwiegende Folgen haben. Die dringend benötigte Entwicklung des Landes bleibt dagegen zunächst ein frommer Wunsch.
(Joeran Altenberg)

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der Weltbank im Tschad finden Sie [hier](#)

Die Pressemitteilung zur Beendigung der Zusammenarbeit ist [hier](#) verfügbar

▲Top

KONFERENZBERICHTE

Nahrungsmittel- und Energiekrise in Lateinamerika

Lateinamerika ist krisenresistenter denn je und erwartet nach wie vor ein Wirtschaftswachstum von über vier Prozent. Dennoch hat die aktuelle Lebensmittel- und Energiekrise höchst unterschiedliche negative Auswirkungen auf die Region. Dies sind die wesentlichen Erkenntnisse der Konferenz der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), die auf Wunsch von Mitgliedsstaaten einberufen und am 4. und 5. September 2008 im chilenischen Santiago abgehalten wurde. Die ECLAC ist eine der fünf regionalen Kommissionen der Vereinten Nationen.

Die Konferenz widmete sich den Herausforderungen, die die globale Lebensmittel- und Energieknappheit an Lateinamerika stellt, um mögliche Gegenmaßnahmen zu identifizieren. In ihrer Eröffnungsansprache bezeichnete die Kommissionssekretärin der ECLAC, Laura López, die Konferenz als ersten Schritt eines langfristigen Prozesses, in dem Handlungsmöglichkeiten analysiert, Vorschläge ausgearbeitet und technische Beratung für die Mitgliedstaaten ermöglicht werden sollen.

Die Konferenz hob die externen Ursachen sowie ökonomische und soziale Auswirkungen der Krise hervor. Manche Herausforderungen betreffen die gesamte Region, wie etwa die Notwendigkeit in Zeiten eines schwachen US-Dollars die Inflation in den Griff zu bekommen. Wirtschaftlich stellen sich im Zusammenhang mit sich ändernden Handelsbedingungen unterschiedliche Anforderungen: Manche Nettoexporteure von Lebensmitteln profitieren von rapide steigenden Lebensmittelpreisen und müssen nachhaltig mit ihren zusätzlichen Einnahmen umgehen. Geschieht dies nicht, droht eine Entwicklung hin zur "Dutch Disease" – also durch einen Handelsüberschuss verursachte Währungsaufwertung mit negativen Folgen für andere Exportbranchen. Gleichzeitig kämpfen Nettoimporteure von Lebensmitteln mit einem sinkenden Lebensstandard. Soziale Auswirkungen der Krise sind zunehmende Armut und Unterernährung, besonders in Bolivien, Haiti, Guatemala und Nicaragua.

Die Konferenz empfiehlt neben der Notfallhilfe eine Reihe von Abwehrmaßnahmen. Mit Blick auf Lebensmittel sollten die Länder Handlungsrahmen entwickeln, die kurzfristige Preisschocks auffangen und langfristig notwendige Produktionssteigerung sowie eine Neuausrichtung der Landwirtschaft unterstützen. Für den Energiesektor hebt die Konferenz vier Ziele hervor: Erhöhung der Energiesicherheit; Förderung von Energieeinsparung und -effizienz; Diversifizierung der Energiestrukturen und Förderung der sozialen Gerechtigkeit bei Energiezugang und -verbrauch. Um die Region strukturell weniger anfällig für internationale Preisschwankungen zu machen, gilt es, einen Prozess

der wirtschaftlichen Umstrukturierung hin zu neuen Technologien einzuleiten, ohne sich hierbei einseitig auf bestimmte Güter zu spezialisieren. (*Manuel Adams*)

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](#) der Konferenz.

▲Top

Transnationalen Unternehmen und Menschenrechte

Mit welchen Mitteln können Transnationale Unternehmen (TNUs) erfolgreich zur Einhaltung der Menschenrechte in ihrem Wirkungskreis angehalten und bei Verstößen zur Rechenschaft gezogen werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Konferenz "International Conference on Transnational Corporations and Human Rights" vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) vom 9.-10. Oktober 2008 in Berlin.

Die Teilnehmenden, hierunter viele Juristinnen und Juristen, tauschten Erfahrungen über die Einhaltung der Menschenrechte von TNUs aus. Unter anderem wurden Beispiele aus dem Kongo, Nigeria und den Philippinen diskutiert. Direkt oder indirekt durch die Geschäftstätigkeiten von TNUs verursacht, seien hier z. B. Menschen zu Tode gekommen gesundheitlich geschädigt oder ohne Entschädigung enteignet worden.

Global agierende Unternehmen können mit Hilfe nationaler Gesetzgebung für begangene Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden - insbesondere in Industrieländern. Gerichtsurteile aus Indien geben zudem Hoffnung für die erfolgreiche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen, die durch TNUs in Entwicklungsländern begangen worden sind. Insgesamt wurde die Nutzung der Gerichtsbarkeit als ein wichtiges Instrument zur Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen anerkannt. Allerdings wurde auch auf mögliche negative Folgen z.B. Einschüchterung von Opfern, Zeugen und Anwälten hingewiesen.

Die Rolle so genannter soft law-Ansätze, wie Public Private Partnerships (PPPs) oder die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen, wurde kontrovers diskutiert: Aus der Sicht einiger Konferenzteilnehmender sind PPPs wenig effizient. Zudem bergen sie die Gefahr, den Staat aus der Verantwortung zu entlassen und sich stattdessen auf die freiwilligen Absprachen mit privaten Akteuren zu verlassen. Andere Teilnehmende hingegen verwiesen auf die Möglichkeit, dass sich "soft laws" zu "hard laws" weiterentwickeln.

Eine Polarisierung von soft law- und hard law-Instrumenten wurde jedoch als Fingerzeig in die falsche Richtung gewertet. Vielmehr waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass jegliche Möglichkeiten – von Prävention und freiwilligen oder rechtlich verpflichtenden Standards bis hin zu zivil- bzw. strafrechtlicher Verfolgung - ausgeschöpft werden sollten. Damit wurde die Komplementarität der Instrumente herausgestellt. (*Meike Westerkamp*)

▲Top

Der Plan B des Lester Brown – Wird sich unsere Zivilisation retten können?

"Die Rettung der Zivilisation ist kein Zuschauersport", lautete der Schlachtruf von Lester Brown, Präsident des Earth Policy Institute. Vergangenen Monat sprach er auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem

Nachhaltigkeitsnetzwerk 3plusX vor über 100 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern. Browns Vortrag rekapitulierte die neueste Ausgabe seines von Rezensenten viel gelobten Buchs "Plan B 3.0 – Mobilizing to Save Civilization". Darin kritisiert Brown die "Business as usual" Mentalität. Bereits heute seien frühe Warnsignale eines globalen Zivilisationskollapses in der Degradation natürlicher Systeme zu erkennen: Ein Nettowaldverlust von über sieben Millionen Hektar pro Jahr oder die nicht nachhaltige Nutzung von mehr als 75% der globalen Fischgründe sprechen eine deutliche Sprache.

Laut Lester Brown liegen die Ziele von gegenwärtigen CO2-Reduktionsplänen häufig zu weit in der Zukunft, als dass sie den kurzfristigen Horizonten der Politik genügen könnten. Plan B stellt diesem Trend eine extrem ambitionierte Vision gegenüber: Eine CO2-Emissionsreduktion von 80% bis 2020. Offen bleibt jedoch, wie dieses Ziel erreicht werden kann. In der Diskussion wurde genau diese Frage aufgeworfen. Brown hielt seinen Skeptikern entgegen, dass ein zunehmendes Problembewusstsein in der Öffentlichkeit und die beständig wachsende Grassroots-Bewegung zu einem Mentalitätswandel auch auf der Führungsebene führen würden. Dieser Wandel könnte dann auch die Türen für ein zentrales Element seines Plan B öffnen: eine radikale Steuerreform, mit der die Einkommenssteuer gleichmäßig gesenkt sowie die Emissionssteuern entsprechend erhöht werden soll.

Brown nennt viele Beispiele dafür, was einzelne Länder, Staaten, Investoren oder Menschen in Führungspositionen im Klima- und Energiesektor bereits erreicht haben. Jedoch mangelt es an klaren Vorgaben, wie die in seinem Buch beschriebenen massiven und schnellen Wirtschaftsreformen durchgeführt werden könnten, um die angestrebten Reduktionsziele zu erreichen. Brown verweist zwar auf die enormen Leistungen der US-Industrie während des Zweiten Weltkriegs und hält eine vergleichbare Mobilisierung auch im Klimakontext für möglich. Doch bleibt zweifelhaft, ob das bestehende Problembewusstsein in der Gesellschaft tatsächlich ausreicht, um derart grundlegende Umwälzungen zu ermöglichen. Dass Browns Forderungen nach radikalen Anpassungsmaßnahmen dennoch alles andere als realitätsfern sind, zeigt das neuseeländische Beispiel: Im letzten Jahr verkündete Premierministerin Helen Clark volle CO2-Neutralität als zentrales Ziel ihrer Politik. Das ist Denken ganz im Sinne Lester Browns und kann als gutes Beispiel für den Weg zur Rettung der Zivilisation dienen. (Irina Comardicea)

Lester Browns Buch steht in englischer Sprache als PDF Dokument zur Verfügung
<http://www.earth-policy.org/Books/PB3/Contents.htm>

Ein Mitschnitt der Veranstaltung findet sich unter
<http://www.gtz.de/de/aktuell/24829.htm>

▲Top

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise finden Sie auch auf <http://www.krium.de>.

"Sicherheitsbedrohung Klimawandel" in Freiburg (6.-7. November)

Diese internationale Konferenz wird vom Auswärtigen Amt ausgerichtet. Schwerpunkte sind die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit sowie die möglichen Antworten auf verschiedenen Handlungsebenen. Die Konferenz zielt insbesondere darauf ab, das komplexe Thema Klimawandel und Sicherheit einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und den gesellschaftlichen Dialog hierzu zu fördern.

Die Konferenz wird vom deutschen Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit Staatsminister Dr. h.c. Gernot Erler und dem Freiburger Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon eröffnet. Unter den weiteren hochrangigen Gästen ist der Friedensnobelpreisträger und Vorsitzende des Weltklimarates Dr. Rajendra K. Pachauri.

Weitere Informationen zur Konferenz sind auf folgender Website verfügbar:

<http://www.freiburg-konferenz.de/>

▲Top

"A Global Contract Based on Climate Justice" in Brüssel (11. November)

Angesichts der bevorstehenden Klimakonferenzen in Poznan und Kopenhagen soll die Veranstaltung in Brüssel neue Akzente in der Klimadebatte setzen. Hochrangige Redner werden die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen des Klimawandels mit Blick auf das Leitmotiv Klimagerechtigkeit diskutieren. Ziel ist, Bedingungen für einen globalen Pakt für Klimagerechtigkeit zu entwickeln und ein gemeinsames Memorandum zu beschließen.

Weitere Informationen zur Konferenz sind auf folgender Website verfügbar:

http://www.global-contract.eu/About_the_Conference_index-2.html

▲Top

"International Fatal Transactions Conference 2008" in Bonn (21.-22. November)

Die Jahreskonferenz "Fatal Transactions" wird dieses Jahr vom Bonn International Center for Conversion (BICC) ausgerichtet und findet vom 21.-22. November in Bonn statt. Das Thema der diesjährigen Tagung lautet "Digging for Peace: Private Companies and Emerging Economies in Zones of Conflict". Im Mittelpunkt wird der gegenwärtige Stand der Diskussionen um Ressourcenextraktion in möglichen Konfliktgebieten stehen. Hierfür werden u.a. Fallstudien aus dem Tschad, Liberia und der Demokratischen Republik Kongo präsentiert.

Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie unter:

http://www.bicc.de/events/resource_conference/content.php

▲Top

IN KÜRZE

Welthungerindex 2008, geteilte Grundwasservorkommen, Asiens Küsten bedroht, Rohstoffgewinne für lokale Entwicklung und noch einmal Klimaflüchtlinge

Anlässlich des Welthungertages am 16. Oktober haben das Forschungsinstitut für Ernährungspolitik und die Welthungerhilfe den **Welthungerindex 2008** vorgestellt. Aus den aktuellen Daten geht hervor, dass die Bekämpfung des Hungers trotz teilweisen Fortschritten stagniert. Der Bericht belegt, dass die Anzahl der Menschen, die unter Hunger leiden von von 848 auf 923 Millionen gestiegen ist. Der Welthungerindex 2008 kann [hier](#) abgerufen werden.

▲Top

Das "World-wide Hydrological Mapping and Assessment Programme" der UNO hat eine **Untersuchung zur Verteilung der weltweiten Grundwasservorkommen** veröffentlicht. Nahezu 96% der weltweiten Süßwasservorräte liegen demnach unter der Erde, und die meisten von ihnen werden von mehr als einem Staat beansprucht. Weitere Information in englischer Sprache sowie eine Landkarte sind [hier](#) einsehbar.

▲Top

Die **Folgen des Klimawandels für Küstenregionen in Asien** hat World Vision in einem Report analysiert: Schon heute bedrohen steigende Wasserstände die Existenz ganzer Inseln, während sich Mega-Städte zunehmend extremen Umwelteinflüssen ausgesetzt sehen. World Vision erwartet vor diesem Hintergrund einen starken Anstieg von Flüchtlingszahlen in der Region. Der Bericht ist [hier](#) verfügbar.

▲Top

Der aktuelle "UN Sustainable Development Innovation Brief" setzt sich mit der **Nutzung von Rohstoffgewinnen zur Förderung der lokalen Entwicklung** auseinander. Die Autoren stellen aktuelle Beispiele aus einer Reihe lateinamerikanischer und afrikanischer Länder vor, identifizieren Probleme und machen Vorschläge, wie man die Entwicklungspotenziale des Rohstoffreichtums nachhaltiger zur lokalen Entwicklung einsetzen kann. Der Bericht ist [hier](#) verfügbar.

▲Top

Im Rahmen einer **internationalen Konferenz zur Problematik von Klimaflüchtlingen** in Bonn wurden die vorläufigen Forschungsergebnisse des EACH-FOR Projektes vorgestellt. Einer der Konferenzworkshops wurde von Germanwatch im Rahmen von Krium ausgerichtet. Akademiker und Praktiker diskutierten dabei über "Climate Change, Migration and European Foreign Policy". Die vorläufigen Ergebnisse des Each-For Projektes sowie das Konferenzprogramm sind [hier](#) verfügbar.

▲Top

IMPRESSUM/KONTAKT

Impressum

Der Newsletter "Zivile Krisenprävention - Umwelt und Ressourcen" erscheint alle zwei Monate.

Sollten Sie kein weiteres Interesse an dem Bezug des Newsletters haben, können Sie den Newsletter unter folgendem Link abbestellen:

http://www.krium.de/front_content.php?idcatart=86

Neue Interessent(inn)en können sich unter folgender Adresse anmelden:

http://www.krium.de/front_content.php?client=7&lang=7&idcat=59

Haftung:

Wir weisen darauf hin, dass die in diesem Newsletter enthaltenen Beiträge lediglich der Information dienen. Es wird keine Gewähr für Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Inhalte übernommen. Die Verantwortung wird auch für die Inhalte von Websites, die über Links von diesem Newsletter erreicht werden, ausgeschlossen.

▲[Top](#)

Kontakt

Herausgeber:

Alexander Carius
Adelphi Research gGmbH
Caspar-Theyss-Strasse 14a
D - 14193 Berlin

Phone +49-30-89 000 68 0
Fax +49-30-89 000 68 10

www.adelphi-research.de

Redaktion:

Kontakt: redaktion@krium.de

Manuel Adams, Jeannette Allan, Joeran Altenberg, Alexander Carius, Irina Comardicea, Moira Feil, Annika Kramer, Achim Maas, Dennis Taenzler, Meike Westerkamp, Anja Wittich

Dieser Newsletter wird durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

© Adelphi Research gGmbH und Germanwatch 2008

▲[Top](#)